



**Appell von
Wittenberge.
Neue Wege übers Land!**

Appell von Wittenberge. Neue Wege übers Land!

UnterzeichnerInnen:

Dr. Jürgen Angelow, Tobias Bank, Marco Beckendorf, Heidrun Bluhm, Dirk Bruhn, Gabriel Dankfried, Karin Denk, Thomas Domres, Günter Eckholdt, Jürgen Emanuel, Thomas Hansen, Dr. Renate Harcke, Georg Hewald, Dr. Joachim Kadler, Renate Klickow, Steffen Kludt, Dr. Kurt Krambach, Norbert Krebber, Dr. Tim Lehmann, Peter Ligner, Siegfried Lucht, Dr. Lothar Noziceka, Carsten Preuß, Stefan Roth, Natalie Rottka, Wolf-Christian Schäfer, Anke Schwarzenberg, Ute Spriewald, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Michael Thomas, Hans-Otto Träger, Horst Wetzels, Ralf Wunderlich

Erarbeitet und beschlossen auf der Konferenz zur Zukunft ländlicher Räume »Neue Wege übers Land« in Wittenberge vom 2. Juni 2018, gemeinsam organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

I. Neue Perspektiven auf den ländlichen Raum

Der ländliche Raum ist in Bewegung: Globale Arbeitsteilung und globaler Handel, Ab- und Zuwanderungen, veränderte Raumfunktionen, Tätigkeitsfelder, soziale Bindungen und Bedürfnisse verändern ihn von Grund auf. Das Land und seine Dörfer sind heute auf der Suche nach neuen Funktionen, Identitäten und Leitbildern. Sie benötigen innovative, sozial nachhaltige und zukunftstaugliche Konzepte. Wir brauchen nicht nur ein neues Image für kleine Städte und Dörfer, es müssen neue Wege beschritten werden, um den Wandel im ländlichen Raum zu gestalten und soziale Ankerpunkte zu erhalten oder auszubauen:

- Wir wollen lebensfähige und lebenswerte Dörfer und Städte, Orte mit aktiven und solidarischen Gemeinschaften, in denen die Menschen selbst tätig werden, eigenständige Lösungen erarbeiten und eigenverantwortlich ihre Zukunft bestimmen können.
- Wir wollen Dörfer mit Zukunft, die sich voneinander unterscheiden, weil sie ihre unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen und Reichtümer als Entwicklungsressourcen einsetzen, - seien dies Bodenverhältnisse, Wälder, Seen oder Zeugnisse der Geschichte und Kultur.
- Wir wollen ländliche Räume, die attraktiv sind, um ein nachgefragter und wertgeschätzter Lebens- und Arbeitsmittelpunkt für alle Menschen zu sein, die das Leben im Dorf vorziehen, ohne auf eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorge und das Vorhandensein einer modernen Infrastruktur verzichten zu müssen.

2. Bürgerbeteiligung stärken, Dorfentwicklung fördern!

Gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Lande erfordern eine aktive Mitbestimmung und die Schaffung einer neuen Kultur der Ermöglichung! Wir setzen uns dafür ein, dass die demokratischen Mitspracherechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen in den ländlichen Regionen gestärkt werden. Die Menschen sollen - bis in die kleinsten Ortsteile - selbst bestimmen, wo die Schwerpunkte der Entwicklung ihrer Dörfer und Regionen liegen sollen und was für sie verzichtbar ist.

Förderprogramme für Dorfentwicklung müssen vor allem flexibler und unbürokratischer werden! Unnötige Hürden sollen abgebaut werden. Regionalbudgets ohne Vorgaben können helfen, die Spielräume der Kommunen zu vergrößern und bei Förderungen nicht vorhandene Eigenanteile sowie Vor- und Zwischenfinanzierungen zu kompensieren.

Bürgerschaftliches Engagement für das Gemeinwesen muss stärker gewürdigt und unterstützt werden. Eine Veränderung des Regionalplanungsrechts soll zu einer Stärkung des Mitspracherechts der kleineren Kommunen in den Regionalversammlungen führen. Die Mitsprache und Mitwirkung in den unteren Planungsebenen sind zu sichern und auszubauen.

Wir benötigen bessere und effektivere Unterstützungsangebote für die Beteiligung von Vereinen, Genossenschaften und Bürgerstiftungen. Hier geht es um den Ausbau niedrigschwelliger, aber wirksamer Möglichkeiten vor Ort. Das betrifft auch eine Unterstützung des direkten Zusammenwirkens von kleinen Unternehmen mit Vereinen und überhaupt die Suche nach neuen, flexiblen Organisationsformen. Bürgerbeteiligung und aktive

Mitwirkung sollen von allen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden. Deshalb gilt es, gerade auch Abseitsstehende sowie Kinder und Jugendliche einzubeziehen.

Das wichtigste kommunale Recht ist die Entscheidung über den eigenen Haushalt. Mehr Bürgerbeteiligung vor Ort bedeutet daher auch Verantwortung über Entscheidungen zum Haushalt.

Regional- und Minderheitensprachen (Niederdeutsch, Niedersorbisch u.a.) sind vor allem in den Dörfern und kleinen Städten für viele ein wichtiger Identifikationsfaktor. Landes- und Kommunalpolitik müssen dafür Rahmenbedingungen schaffen.

3. Daseinsvorsorge effektiv sichern, Prioritäten setzen!

Dienstleistungen für die Allgemeinheit, ob staatlich, kommunal, genossenschaftlich oder bürgerschaftlich organisiert, dienen der Sicherstellung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung. Wir wollen den Teufelskreis von Abwanderung und Einsparung durchbrechen und setzen uns sowohl für die unbedingte Absicherung des existenzsichernden Leistungsspektrums als auch für größere Spielräume bei den freiwilligen Aufgaben ein.

Die Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge sind gesetzlich geregelt, sie müssen dem Prinzip der Gleichwertigkeit folgen, Teilhabe für alle sichern sowie nachhaltig und für jeden bezahlbar sein. Bei der Erledigung der freiwilligen Aufgaben muss allerdings immer die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Der Katalog der Leistungen für die Daseinsvorsorge umfasst viele Bereiche, nicht alle können vor Ort, in unmittelbarer Nähe angeboten werden. Daher muss die Zugänglichkeit dieser Leistungen gewährleistet werden. Rettungswesen, öffentliche Sicherheit und eine bedarfsgerechte

Ausstattung mit sozialer und technischer Infrastruktur (Arztpraxen, Dorfläden, Kitas, Schulen und Sportanlagen) müssen abgesichert sein. Die Erreichbarkeit dieser Leistungen muss in allen Planungsebenen zu einem festen Grundprinzip erhoben werden. Ihre Erbringung nach marktwirtschaftlichen Kriterien ist oft nur begrenzt möglich, hohe Kosten für die Bürgerinnen und Bürger führen wiederum zum Verlust bzw. zu Einschränkungen der Leistung. Wir benötigen hier ein Umdenken, weg von zentralen hin zu dezentralen, kleinen Lösungen.

4. Eine Mobilitätsstrategie für den ländlichen Raum!

Jeder Bürger, egal wo er lebt, soll am Öffentlichen Personennahverkehr teilnehmen und das Internet nutzen können, um auch digitale Mobilität zu gewährleisten. Wir setzen uns für einen leistungsfähigen und bedarfsgerechten Regionalverkehr in den dünn besiedelten Regionen ein, unter anderem zur Erreichbarkeit von Dienstleistungen und zur Absicherung des Schülerverkehrs. Hierfür wollen wir der Situation angepasste, regional differenzierte Lösungen suchen.

Die Sicherung und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sind wichtige Voraussetzungen für Mobilität und Chancengerechtigkeit. Ebenso prägen digitale Informations- und Vermarktungstechniken wirtschaftliche Abläufe. Sie gehören längst zum Standard des individuellen Informationsaustausches. Die digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil der Grundversorgung, sie gehört in öffentliche Hand. Ohne die Anbindung an eine moderne digitale Infrastruktur sind Wirtschaft, Dienstleistungssektor und Kommunikation undenkbar. Ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet wird auch im Bereich der individuellen Daseinsvorsorge, Lebensgestaltung und demokratischen Mitwirkung dringend benötigt. Im Umgang mit Daten sind ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu setzen. Im öffentlichen Nahverkehr müssen Lösungen im Verbund von

mehreren Ortsteilen gefunden werden. Hierfür ist es notwendig, eine schnelle Erreichbarkeit durch kleinräumige Mobilitätslösungen zu organisieren. So können statt Bussen, deren Auslastung gering wäre, auch öffentlich geförderte Taxis zum Einsatz kommen. Neue Technologien, wie zum Beispiel autonomes Fahren, müssen konsequent zum Aufbau gemeinschaftlicher Nutzungsformen wie Carsharing eingesetzt werden.

Dem Ausbau eines schnellen Breitbandnetzes gerade in ländlichen Regionen, der Anbindung bisher nicht berücksichtigter Regionen an das Netz sowie dem Ausbau gebührenfreier W-LAN-Verbindungen in allen Städten und Landgemeinden muss Priorität eingeräumt werden.

5. Gesundheitliche Betreuung und Pflege sichern und ausbauen!

Gesundheitliche und pflegerische Versorgungsleistungen auf dem Lande bilden eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde. Dazu brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie eine Gesundheitsversorgung, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die Sicherung und der Ausbau aller sozialen Ankerpunkte auf dem Lande muss absolute Priorität besitzen.

Hierbei ist vor allem Wert auf Einrichtungen der gesundheitlichen Betreuung und Pflege von älteren Menschen zu legen. Keiner dieser sozialen Ankerpunkte darf verloren gehen! Lokale medizinische und Pflegestrukturen müssen bedarfsgerecht ausgebaut und erhalten werden.

Wettbewerb und Markt dürfen nicht die Qualität der medizinischen Versorgung bestimmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedarfsplanung für fachärztliche und hausärztliche Leistun-

gen und die Planung der Krankenhauskapazitäten aufeinander abgestimmt und mit allen Heilberufen koordiniert wird.

Jeder Mensch soll selbst entscheiden können, ob er ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege bzw. Assistenzleistungen in Anspruch nehmen will. Wir unterstützen die Etablierung von lokalen Pflegestrukturen, die sich an den regionalen Bedürfnissen ausrichten. Pflege braucht Professionalität und darf nicht immer weiter in Familie und Ehrenamt verlagert werden. In allen Gemeinden sollen kommunal unterstützte und finanzierte Landarztpraxen sowie »Gemeindeschwester«-Projekte ausgebaut werden.

6. Schulstandorte sichern!

Schulstandorte besitzen in den ländlichen Regionen einen besonderen Wert, und zwar nicht nur als Orte einer möglichst chancengleichen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie sind soziale Ankerpunkte, Anlaufstellen, Zentren der geistig-kulturellen Bildung und zahlreicher außerschulischer Aktivitäten. Ihre Existenz und Qualität entscheidet über die Attraktivität der Dörfer für junge Familien und damit über ihre Entscheidung, zu bleiben oder wegzuziehen.

Planungen der Landkreise sollen die Bewertung von Schulstandorten nicht nur nach der zu erwartenden Schülerzahl vornehmen, sondern auch dem Kriterium der sozialen Ankerfunktion der betreffenden Schulen für die Region und das Dorf sowie der Zumutbarkeit von Schulwegen folgen. Um eine soziale »Ausdünnung« der Dörfer und eine unzumutbare Belastung der Kinder zu vermeiden, sind Schulschließungen abzuwenden und durch Schulverbund- bzw. Filiallösungen zu ersetzen.

Die Entwicklung sozialer Kompetenzen, das Gefühl eines solidarischen Miteinanders, die Förderung von Kindern in ihrer

Unterschiedlichkeit in einer Schule, die alle Bildungsgänge offen hält, gelingt am besten, wenn die Kinder möglichst lange zusammen lernen können. Dies kann in Form einer Gemeinschaftsschule gelingen, die sich aus Schulverbund- oder Filiallösungen entwickelt. Im Bereich der weiterführenden Schulen bzw. Oberstufenzentren in den ländlichen Regionen müssen Lösungen gefunden werden, die unzumutbare Schulwege vermeiden und eine flächendeckende Versorgung sicherstellen.

7. Vorfahrt für regionale Produkte!

Wertschöpfung soll im ländlichen Raum so organisiert werden, dass die Menschen vor Ort den größten Nutzen aus ihrer Arbeit ziehen. Regionale Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsketten sind zu stärken. Wer auf dem Lande produziert, soll davon gut leben können, gerade auch, wenn er der Natur mit Respekt begegnet und nicht nur Renditeinteressen im Blick hat.

Es muss notfalls auch administrativ und steuerrechtlich sichergestellt werden, dass Gewinne aus Wertschöpfung in die Region abfließen und nicht in andere Räume. Statt Freihandel fordern wir fairen Handel, und das nicht nur in unserem Land, sondern weltweit! Wir wollen, dass kein Produkt unter dem Herstellungspreis verkauft wird. Wir setzen uns für regionale Lösungen ein, die auch im Interesse der Menschen in den Dörfern sind.

Es muss Wert auf zukunftsfeste Tätigkeitsbereiche gelegt werden, die eine nachhaltige wirtschaftlich-soziale Entwicklung auf dem Lande sichern. Umwelt- und Tierschutz müssen neue Chancen für Agrarbetriebe eröffnen und neue Arbeitsplätze schaffen. Neue Arbeitsfelder werden sich in den Bereichen Gesundheit, Erholung, Tourismus und Sport entwickeln. Die in diesen Bereichen vorhandenen Potenziale müssen sichtbar gemacht und konsequent verfolgt werden. Ebenso sollten die

Wertschöpfungspotenziale durch internetbasierte Tätigkeiten besser ausgeschöpft werden. Hier ergeben sich völlig neue Verschränkungen von Wohnen, Leben und Arbeiten im ländlichen Raum, die zu einer Stabilisierung funktionaler Zusammenhänge beitragen können.

8. Landwirtschaftliche Nutzflächen und Naturräume sichern!

Bauernland gehört in Bauernhand! Der Zugang zum Boden muss für die ortsansässigen Produzenten von Lebensmitteln gesichert sein. Das ist nicht nur im Interesse des Gemeinwohls, sondern die zentrale Frage für die Ernährungssouveränität der Zukunft. Ebenso muss gesichert sein, dass die wesentlichen Funktionen der Daseinsvorsorge nicht auf privatwirtschaftliche Verwertungsinteressen reduziert werden.

Boden darf nicht zum Spekulationsobjekt oder zur Geldanlage werden. Es muss verhindert werden, dass außerlandwirtschaftliche Investoren oder auswärtige Unternehmen Flächen erwerben, die den heimischen Betrieben verloren gehen. Hierfür muss es eine Genehmigungspflicht beim Verkauf von Anteilen an landwirtschaftlichen Unternehmen im Bundesrecht geben. Ebenso müssen Preisobergrenzen im Verhältnis zum Verkehrswert für genehmigungsfähige Grundstücksverkäufe eingeführt werden. In den Landesentwicklungsplänen soll ein Passus zum Schutz der landwirtschaftlichen Nutzflächen eingefügt werden, um Agrarstandorte zu sichern. Der Flächenverbrauch soll gestoppt werden.

Wir treten für eine nachhaltige Forstwirtschaft ein, bei der die Fortführung des Waldumbaus hin zu artenreichen Mischwäldern eine wichtige Rolle spielt.

9. Tierhaltung sowie Tier- und Pflanzenschutz im ländlichen Raum verbessern!

Wir setzen uns für die Verbesserung des Tierwohls und für eine spürbare Verringerung von Umweltbelastungen im Bereich der Tierhaltung und des Pflanzenbaus ein. Wir bekennen uns zu einer vielfältigen und flächengebundenen Tierhaltung und wollen die bestehende Tonnenmentalität zugunsten von Tiergesundheit, Qualität sowie Umwelt- und Pflanzenschutz langfristig überwinden.

Unser Ziel besteht darin, eine artgerechte Tierhaltung langfristig zu verankern und zu stabilisieren. Wir treten für ein ausgewogenes Verhältnis von Tier- und Pflanzenproduktion ein. Pflanzenbau muss nachhaltig sein und die Belange der Diversität bei Gewässern und Böden berücksichtigen. Es sollen nur so viele Tiere gehalten werden, wie aus der Region selbst versorgt werden können. Wir werden uns für die Stärkung der Fischereiwirtschaft einsetzen und diese konzeptionell weiterentwickeln, indem wir Maßnahmen zum Interessenausgleich zwischen Fischerei und Naturschutz, zur möglichen Einrichtung eines Ausgleichsfonds und zur verbesserten Förderung der Fischereiforschung ergreifen.

10. Für den Erhalt von Kulturlandschaften und attraktiven Ortskernen!

Wir bekennen uns dazu, Kulturlandschaften zu fördern und entsprechend ihrer Eigenarten zu entwickeln. Dafür benötigen wir eine vernetzte Strategie, die Landesentwicklung, Energiepolitik und Umweltpolitik miteinander verbindet.

Wir setzen uns dafür ein, die sozialen und touristischen Potenziale der historischen Ortskerne besser zu nutzen. Dorfkirchen, Herrenhäuser oder andere Gebäude, die die Identität der kleinen Orte wesentlich mitbestimmen, aber zum Teil noch ohne

Nutzungskonzept sind, müssen gesichert werden, um ihre Potenziale für das soziale wie kulturelle Leben der Gemeinden langfristig zu erhalten. Dazu benötigen wir Förderszenarien, vergleichbar mit der Städtebauförderung. Wir regen hierzu ein Modellprojekt bei der AG Historische Dorfkerne an. Leerstehende Gehöfte, Stallbauten und Gartenbauanlagen bedürfen einer genauen Prüfung zur weiteren Nutzung bzw. zum Um- oder Rückbau.

Den Dorfladen, den Friseur, die Dorfkneipe oder die Post um die Ecke gibt es in vielen Dörfern schon seit langer Zeit nicht mehr. Damit fehlen Orte der Begegnung. Wir müssen besonderen Wert auf den Erhalt und Ausbau solcher sozialer Ankerpunkte in den Dörfern legen und auf neue Dorfmitten hinwirken. Zur Belebung dörflicher Strukturen schlagen wir die Errichtung und den Ausbau von Multifunktionszentren vor, in denen verschiedene Anbieter ihre sozialen, kulturellen und materiellen Dienstleistungen anbieten.

V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm, MdB,
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70257, Fax: 030/227-76155
E-Mail: heidrun.bluhm@bundestag.de
Stand: Juni 2018

